

SO!
Soziale Ordnung

Magazin für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

1. Ausgabe 2007


59. Jahrgang
ISSN 1432-9689

Die Rückkehr der Blaumänner 2007 wird das Jahr der Arbeitnehmer



Was ist uns die Pflege wert?
Willy Zylajew über eine Erfolgsstory

Nachruf auf Wolfgang Vogt



**Die Sozialsysteme
wackeln! Bleiben
Sie im Sattel.**

Im Focus – die soziale Absicherung der Erwerbstätigen!

Bei der persönlichen Sicherheit gibt es keine Kompromisse.
Die sollte 100 prozentig sein!
Wir schließen die Lücken in Ihrer Versorgung.
Reden Sie mit uns.

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen



Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

SIGNAL IDUNA Gruppe ● Direktionsbevollmächtigte Claudia Utz
Joseph-Scherer-Str. 3 ● 44139 Dortmund ● Telefon (02 31) 1 35 - 43 88 ● ban@signal-iduna.de

Wenn wir alles immer billiger haben wollen, droht vieles auf der Strecke zu bleiben.

Mit einer Schnäppchenjagd endete das Jahr 2006, und mit einer Schnäppchenjagd hat das Jahr 2007 begonnen. In den letzten Tagen des alten Jahres überboten sich die Einzelhandelsketten mit Angeboten und Aktionen. Und in den ersten Tagen und Wochen des Jahres 2007 wollten die Händler unter Beweis stellen, dass sie die Mehrwertsteuererhöhung eigentlich gar nicht an ihre Kunden weitergeben.

Saubillige Preise – da lacht das Kundenherz. Wer macht nicht gern mal ein Schnäppchen? Sind erschwingliche PCs, preiswertes Schweinefilet und günstige Klammotten nicht erfreuliche Zeichen eines „Wohlstands für alle“? Und warum die teuren Markenprodukte beim Fachhändler kaufen, wo doch inzwischen allgemein bekannt ist, dass in den Verpackungen der Discounter oft dasselbe drinsteckt? Einmal ganz abgesehen davon, dass viele Menschen darauf angewiesen sind, möglichst billig einzukaufen, um über die Runden zu kommen.

Doch wenn wir alles immer billiger haben wollen, droht Vieles auf der Strecke zu bleiben, was uns eigentlich lieb und teuer sein sollte: Arbeitsschutz, Verbraucherschutz, Umweltschutz. Wo Geiz geil ist, kommt alles auf den Prüfstand, was tatsächlich oder vermeintlich Geld kostet. Discounter, die der betrieblichen Mitbestimmung Steine in

den Weg legen; Gammelfleisch, vor dem wir uns ekeln; Bauern, die wegen des Preisdrucks der Handelsketten an der Milch kaum noch was verdienen; Kinder, die in Schwellen- und Entwicklungsländern zu unerträglichen Bedingungen arbeiten – das sind die Schattenseiten des Volkssports Schnäppchenjagd.

Nochmals: Günstig einkaufen zu wollen, ist an sich nicht verwerflich, sondern vernünftig. Viele Menschen müssen sparen. Und wenn die gut situierten Wochenmarkt- und Bioladen-Stammkunden gegen diejenigen, die jeden Cent zweimal umdrehen müssen, die Moralkeule schwingen, ist das unerträglich.

Doch wahr ist auch: Wir Deutschen geben im europäischen Vergleich am wenigsten für Lebensmittel aus. Und bei aller Zuständigkeit des Staates – an hochwertigen Produkten und zumal an gesunden Lebensmitteln haben zuallererst wir Verbraucher selbst ein Interesse. Die Verantwortung für das, was ich zu mir nehme, kann ich an keine Behörde wegdelegieren. Einmal auf Fleisch verzichten und dafür beim nächsten Mal mehr dafür ausgeben – das habe ich selbst in der Hand. Ein bisschen mehr Qualität statt Quantität, mehr Klasse statt Masse – diese Einstellung hängt nicht vom Geldbeutel ab.

Zum Glück gibt es Gütesiegel, die etwas über Anbauverfahren



und Inhaltsstoffe von Produkten aussagen – von „Bio nach EG-Öko-Verordnung“ bis zum „Blauen Engel“. Das Gleiche gilt für die Bedingungen, unter denen Produkte hergestellt und gehandelt werden – von „Rugmark“ bis zu „Transfair“. Manchmal genügt es auch, über bestimmte Zusammenhänge einfach einen Moment nachzudenken. Dass die Niedrigstpreise keine Geschenke der Handelsketten (deren Inhaber regelmäßig in den Listen der reichsten Deutschen auftauchen) sind, sondern Ergebnisse eines knallharten Kosten- und damit oft auch Lohndrucks, sagt mir schon der gesunde Menschenverstand. Ich bin doch nicht blöd.

Martin Kamp

PRISMA



Arbeit
Arbeitnehmer fordern mehr
Geld in die Lohntüte. **S. 6**

Arbeitslosengeld
ALG I kann verlängert
werden. **S. 6**

Sterbehilfe
EAK-Chef Rachel regt zum
Nachdenken an. **S. 7**

POLITIK



Rente
Dr. Brauksiepe erklärt
die 67er-Regelung. **S. 8**

Pflege
Eine Erfolgsstory bedarf
der Reform. **S. 15**

BUNDESPARTEITAG



CDU-Parteitag
Die Rückkehr
der Blaumänner. **S. 11**

Wahlen
CDAler kamen komplett in
den CDU-Bundesvorstand. **S. 12**

Anträge
Alle CDA-Anträge wurden auf
dem Parteitag angenommen. **S. 13**

IMPRESSUM

Herausgeber

CDA Deutschlands
Oranienburger Str. 65
10117 Berlin

Chefredakteurin

Andrea Resigkeit

Telefon: 030/308 777 40

Telefax: 030/308 777 77

E-Mail: aresigkeit@cda-verlag.de

Gestaltung

iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Anzeigen

Martin Schulte

Telefon: 030/30 87 77-50

E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de

Website: www.soziale-ordnung.de

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen Abständen acht Mal im Jahr. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck

Heider Druck GmbH

Fotos

CDU, CDA, JUH, obs/BVUK, ogs/B.A.T,
Sat.1, privat, Windmüller

Titel

Frank Ossenbrink

Preis

Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom
01. Januar 2006.

REPORTAGE



Kinder

CDA sammelte auf dem Bundesparteitag Spenden für die „Arche“.

S. 14

Mitgliederservice

Jessica Willscheid

Telefon: 030/308 777 70

Telefax: 030/308 777 73

E-Mail: jwillscheid@cda-bund.de

CDA INTERN



Nachruf

Dr. Norbert Blüm über seinen Freund Wolfgang Vogt.

S. 18

Wahl

Rainer Lensing wurde in den Bundesvorstand der Johanniter aufgenommen.

S. 20

Jubiläum

CDA-Sozialsekretär Lothar Kauffels feierte sein „Silbernes“.

S. 20

Erfolg

Werner Kalinka und Josef Zolk wurden in ihren Ämtern bestätigt.

S. 21

Feier

CDA-NRW begrüßte das neue Jahr in Bielefeld.

S. 22

Beitragsbescheinigung für das Jahr 2006

In diesen Tagen wird die **Bescheinigung** über die im Jahre 2006 an die CDA **gezahlten Mitgliedsbeiträge** und der Spenden verschickt.

Wenn Sie die Bescheinigung nicht bis zum **20. Februar** bekommen haben, dann melden Sie sich bitte unter der Telefon-Nr. (030) 30 87 77-70 oder schicken eine Mail an mitgliederservice@cda-bund.de

CDA-Mitgliederservice

Meldungen aus Politik & Wirtschaft



Woessner

ARBEIT

Großer Schluck aus der Lohnpulle

Von Zurückhaltung keine Spur – trotz Ermahnungen: Nach Umfragen halten die Wähler mehr Gehalt über 5 % für „angemessen“. Rund 51 % der von Forsa Befragten waren dieser Meinung. 30 % allerdings hielten diesen Schluck aus der Lohntüte für zu hoch. 11 % wollen sogar eine höhere Gehaltssteigerung als nur die 5 %.

Eines ist sicher: Der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen steigt in diesem Jahr an. So jedenfalls sieht es der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Diese möchte, dass erfolgreiche Firmen ihre Mitarbeiter am Kapital oder zumindest am Gewinn beteiligen. Stress mit den Gewerkschaften ist vorprogrammiert.

ARBEITSLOSENGELD

Laumann: ALG I kann verlängert werden

„Da bleib ich dran.“ CDA-Chef Karl-Josef Laumann, Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen, ist wild entschlossen, die auf dem Dresdener CDU-Parteitag beschlossene Verlängerung des ALG I auch durchzusetzen. Danach sollen Arbeitslose länger Arbeitslosengeld I bekommen, wenn sie im Verlaufe ihres Berufslebens auch länger eingezahlt haben. Dies soll vor allem den Älteren zugute kommen.

Jetzt präsentierte der Arbeitsminister sein Finanzierungsmodell, das vom Gelsenkirchener Institut Arbeit und Technik erarbeitet wurde. Aufgabe: Es dürfen keine Mehrkosten zu dem bestehenden System anfallen. Ergebnis: Die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld soll um sechs Monate verlängert werden. Bisher muss

jemand innerhalb von drei Jahren 24 Monate Versicherungsbeiträge gezahlt haben, um ein Anrecht auf Arbeitslosengeld zu haben. Das Prinzip bleibt nach Laumanns Plänen dasselbe, nur: Ein Arbeitnehmer müsste dann zunächst 30 Monate einzahlen, bevor er Arbeitslosengeld bekommen kann – das allerdings gestreckt auf vier Jahre.

Nach Berechnungen des Instituts würden damit 1,36 Milliarden Euro eingespart, die den Älteren zugute kämen. Die sollen, wenn sie im Laufe ihres Lebens bis zu 40 Jahre eingezahlt haben, bis zu zwei Jahre Arbeitslosengeld bekommen, ehe sie Hartz-IV-Empfänger werden.

Bei weniger Arbeitsleistung gibt es allerdings auch gestaffelt weniger Arbeitslosengeld I.

Abschied in Würde – Hospizwesen, Palliativmedizin und Patientenverfügungen

Bereits im Jahr 2005 sorgte die Eröffnung des Büros der umstrittenen Schweizer Sterbehilfeorganisation „Dignitas“ in Hannover für eine intensive Debatte über die Gefahren der aktiven Sterbehilfe (Euthanasie). Diese Debatte, die intensiv geführt wurde, signalisierte einmal mehr, dass die ethischen Herausforderungen am Ende des Lebens zu den zentralen gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen gehören. Bald will sich der Deutsche Bundestag mit dem Thema der rechtlichen Verbindlichkeit von Patientenverfügungen befassen. Auch hier geht es um die Frage, wie Abschied in Würde möglich ist.

Wissenschaft, Politik, Kirche, Theologie und die Öffentlichkeit befassen sich mit der ethischen Fragestellung, was medizinisch am Lebensende eines Menschen wünschenswert, sinnvoll, aber auch problematisch oder sogar menschenunwürdig sei. Viele Menschen haben Angst vor einer Situation, in der sie nicht mehr einwilligungsfähig sind. Sie wollen nicht bei schwerer Krankheit oder am Lebensende einer technisierten Medizin gegen ihren Willen ausgeliefert sein. Sie wollen keine künstliche und unnötige Verlängerung ihres Leidensweges. Sie fürchten auf der einen Seite, anderen zur Last zu fallen und auf der anderen, einsam und anonymisiert zu sterben. Es ist darum wichtig, die Ängste der Menschen an diesem Punkt sehr ernst zu nehmen. Es ist

wichtig, präzise zu fragen, wogegen sich die zum Teil sehr tief sitzenden Ängste in Wirklichkeit richten, um zu verhindern, dass man in der Diskussion bloß an der Oberfläche des Problems verharrt und daraus die falschen Schlüsse zieht.



Als Christlich Demokratische Union Deutschlands müssen wir auf der Basis unserer Orientierung am christlichen Menschenbild zum einen deutlich machen, dass barmherzige Zuwendung unter christlichem Vorzeichen sich eben nicht in dem Ruf nach der Anwendung der Todesspritze äußert, sondern darin zu erkennen, was sterbende und todkranke Menschen wirklich brauchen und dass körperlicher Verfall und schmerzlicher Abschied zum Leben gehören.

Hierauf gib es eine klare Antwort, die den entscheidenden Vorteil hat, ganz im Sinne des christlichen Fürsorge- und Liebesgebotes, die mit den Bedürfnissen des kranken

Nächsten im Einklang stehen: Die Möglichkeiten von Palliativmedizin und Hospizarbeit, die unterschätzt wurden, entsprechen in einem viel größeren Ausmaß den Wünschen der Sterbenden als die Möglichkeit Sterbehilfe geleistet zu bekommen. Hospizarbeit und Palliativmedizin haben es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen an ihrem Lebensende beizustehen. Ihre Angebote sind in vielen Fällen für ein Sterben in Würde unverzichtbar geworden.

Außerdem gilt es die Frage der rechtlichen Stellung von „Patientenverfügungen“ so schnell wie möglich zu klären. Patientenverfügungen, auch die sog. „Christliche Patientenverfügung“ der Kirchen, geben den Menschen die Möglichkeit für den Fall, dass sie sich nicht mehr äußern können, ihren Willen zu bekunden. Dies kann helfen, Klarheit darüber zu gewinnen – ob und wenn ja – welche medizinischen Maßnahmen noch ergriffen werden müssen oder auch unterbleiben sollen. Dabei müssen Patientenautonomie und medizinische Fürsorge stets in einem vertretbaren und ausgewogenen Verhältnis stehen, wie z.B. die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) kürzlich wieder betont hat. ■

Thomas Rachel MdB ist Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Haben Sie heute schon an Ihr Alter gedacht?



Das sollten sie. Denn die Rente mit 67 ist in Berlin bereits beschlossene Sache. Zwar haben am Jahresende noch Tausende die Flucht in die Altersteilzeit angetreten, doch dies konnten nur Arbeitnehmer, die vor 1955 geboren waren. Alle anderen müssen sich spätestens jetzt mit den Tatsachen auseinandersetzen. Die Altersvorsorge ist zwar der Deutschen wichtigstes Sparziel. Aber den Dschungel der Riester-Renten und Kapitalmodelle durchschauen nur wenige. Dabei ist das Wissen über den Kaufkraftverlust sehr hilfreich. Von 1000 Euro bleiben nach

25 Jahren bei einer Inflation von 2 % mal gerade 610 Euro übrig. Zwei Drittel der 30- bis 49-jährigen bekennen ganz offen, dass sie nicht abschätzen können, wie sie für ihr Alter vorsorgen müssen. Doch um diesem Mangel abzustellen, hilft nur Information.

Wir fragen unseren stellv. Bundesvorsitzenden und sozialpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Ralf Brauksiepe MdB, der an dem Verhandlungsergebnis der Koalitionsarbeitsgruppe von Union und SPD maßgeblich beteiligt war.

SO: „Rente mit 67“ – Warum eigentlich?

Brauksiepe: Die bestehende Altersgrenze von 65 Jahren gibt es seit mittlerweile 90 Jahren. Im Laufe der Jahrzehnte hat es einen erheblichen sozialen Fortschritt gegeben. Die Lebenserwartung und damit die Dauer des Rentenbezugs sind deutlich angestiegen. Die durchschnittliche Rentenlaufzeit lag im Jahr 1960 bei zehn Jahren, heute liegt sie bei 17 Jahren und sie würde bis zum Jahr 2030 um weitere knappe drei Jahre auf 20 Jahre ansteigen, wenn wir politisch untätig blieben. Das ist schlicht und einfach nicht zu finanzieren. Mit der „Rente mit 67“ verlängern wir die Lebensarbeitszeit um zwei Jahre. Im Ergebnis werden damit die Menschen im Jahr 2030 mit insgesamt 18 Jahren durchschnittlich immer noch ein Jahr länger Rente beziehen als heute.

SO: Was antworten Sie den Kritikern, die die „Rente mit 67“ für nichts anderes als ein Renten kürzungsprogramm halten?

Brauksiepe: Richtig ist, dass wir mit der aktuellen Beschäftigungssituation Älterer nicht zufrieden sein können, auch wenn wir bereits spürbare Verbesserungen erreichen konnten. Die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-jährigen lag noch vor drei Jahren bei unter 40 %, heute liegt sie mit 45,4 % über dem EU-Durchschnitt. Zwar sind von den derzeit knapp vier Mio. arbeitslosen Menschen über ein

Viertel 50 Jahre und älter. Allerdings haben wir heute 97.000 weniger arbeitslose Menschen über 50 Jahre als noch vor einem Jahr. Trotz dieser Erfolge ist klar, dass die „Rente mit 67“ Hand in Hand gehen muss mit einer weiteren, spürbaren Verbesserung der Arbeitsmarktchancen Älterer. Deshalb beraten wir parallel zur „Rente mit 67“ auch den Gesetzentwurf zur Initiative 50plus und schlagen als CDU/CSU die Einführung eines speziellen Kombilohnes für ältere Langzeitarbeitslose vor. Zudem übertragen die Kritiker der „Rente mit 67“ die heutige Beschäftigungssituation Älterer auf die Zukunft. Das ist aber unredlich. In den nächsten fünf Jahren ändert sich am Renteneintrittsalter gar nichts. Und danach heben wir die Altersgrenze schrittweise über einen langen Zeitraum an. Wenn wir über die „Rente mit 67“ reden, reden wir über das Jahr 2029. Dann wird die Erwerbsquote der Älteren aber allein schon wegen der zu erwartenden Entspannung auf dem Arbeitsmarkt angestiegen sein. Alle Ökonomen sagen uns, dass wir künftig die Menschen über 50 Jahre angesichts der immer geburtschwächeren Jahrgänge verstärkt brauchen. Diese Entwicklung wird von den Kritikern komplett ausgeblendet.

SO: Was konkret ist bei der „Rente mit 67“ beschlossen worden?

Brauksiepe: Bei der „Rente mit 67“ geht es zunächst um die sog. Regelaltersgrenze. Diese Grenze liegt heute bei 65 Jahren und wird künftig 67 Jahre betragen. Die Anhebung beginnt im Jahr 2012 und erfolgt danach schrittweise in 18-Jahresschritten,

dabei in den ersten zwölf Jahren bis zum Jahr 2023 in Monatsschritten und danach in Zweimonatsschritten pro Jahr. Das heißt: Im Jahr 2023, also in 16 Jahren von heute aus gesehen, wird das Renteneintrittsalter bei 66 Jahren und damit gerade einmal ein Jahr höher liegen als heute. In vollem Umfang gilt die Altersgrenze 67 erst im Jahr 2029 für die Jahrgänge 1964 und jünger.

SO: Gibt es Ausnahmen von der „Rente mit 67“?

Brauksiepe: Ja. Wer das 65. Lebensjahr vollendet und 45 Pflichtbeitragsjahre hat, kann wie heute mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Langjährige Beitragszahlung als Teil der Lebensleistung muss in den sozialen Sicherungssystemen honoriert werden. Das war und ist eine langjährige Forderung der CDA. Zwar wäre aus unserer Sicht noch mehr wünschenswert gewesen, gegen den Widerstand der SPD ist an dieser Stelle aber immerhin ein Einstieg gelungen. Zu den 45 Pflichtbeitragsjahren zählen neben Zeiten der Erwerbstätigkeit auch Zeiten der Kindererziehung und der Pflege. Um kindererziehende Elternteile nicht zu benachteiligen, werden auch die sog. Kinderberücksichtigungszeiten bis zum 10. Lebensjahr eines Kindes berücksichtigt. Angesichts der traditionellen Strukturen der Rentenversicherung ist uns damit auch eine frauen- und familienfreundliche Ausgestaltung der Ausnahmeregelung gelungen.

SO: Wird bei der Altersrente für langjährig Versicherte nach 35 Versicherungsjahren die Altersgrenze auch um zwei Jahre heraufgesetzt?

Brauksiepe: Ja. Für diese Rente liegt der Alterskorridor derzeit zwischen



63 und 65 Jahren. Bei Renteneintritt mit 65 wird die Rente abschlagsfrei gezahlt, bei vorzeitigem Rentenbeginn mit 63 mit einem versicherungsmathematisch korrekten Abschlag von 7,2 %. Die Altersgrenze 65 Jahre wird ab 2012 schrittweise bis zum Jahr 2029 auf 67 Jahre angehoben. Ein vorzeitiger Renteneintritt bleibt weiter mit 63 Jahren möglich, dann allerdings mit einem Abschlag von 14,4 %. Das Zeitfenster für diese Rente liegt damit künftig zwischen 63 und 67 Jahren. Damit kommen wir einem Wunsch der Tarifpartner nach mehr Flexibilität nach.

SO: Was geschieht mit dem Renteneintrittsalter bei den anderen Rentenarten?

Brauksiepe: Im Grundsatz wird auch bei den anderen Rentenarten einschließlich der Witwen- bzw. Witwerrente die jeweilige Altersgrenze im Zeitraum von 2012 bis 2029 schrittweise um zwei Jahre angehoben. Lediglich bei der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder wegen Altersteilzeitarbeit und bei der Altersrente für Frauen gibt es keine Änderungen, weil diese bereits nach geltendem Recht nur noch für die Jahrgänge 1951 und älter in Betracht kommen.

Versicherte, die bis einschließlich 1954 geboren sind und vor dem 1. Januar 2007 eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen haben, sind von der Anhebung der Altersgrenzen ausgenommen.

SO: Was ist mit Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage sind, länger als heute zu arbeiten?

Brauksiepe: Für diese Menschen gibt es weiterhin die Erwerbsminderungsrenten. Der durchschnittliche Erwerbsminderungsrentner geht heute mit rd. 50 Jahren in die Erwerbsminderungsrente. Er wird bei der Rente so gestellt, als hätte er bis 60 Jahre durchgearbeitet. Daran ändert sich nichts. Für diejenigen Versicherten, die langjährig Beiträge gezahlt haben, gibt es ebenfalls keine Änderung im Vergleich zu heute, wenn sie mit 60 Jahren oder später in die Erwerbsminderungsrente gehen. Sie erhalten mit 63 Jahren weiterhin die volle Erwerbsminderungs-

renten. Die Starken stehen für die Schwachen. Die, die nicht mehr arbeiten können, werden aufgefangen von der Solidargemeinschaft derer, die länger arbeiten können. Das ist das Prinzip der solidarischen Rentenversicherung. Das bleibt.

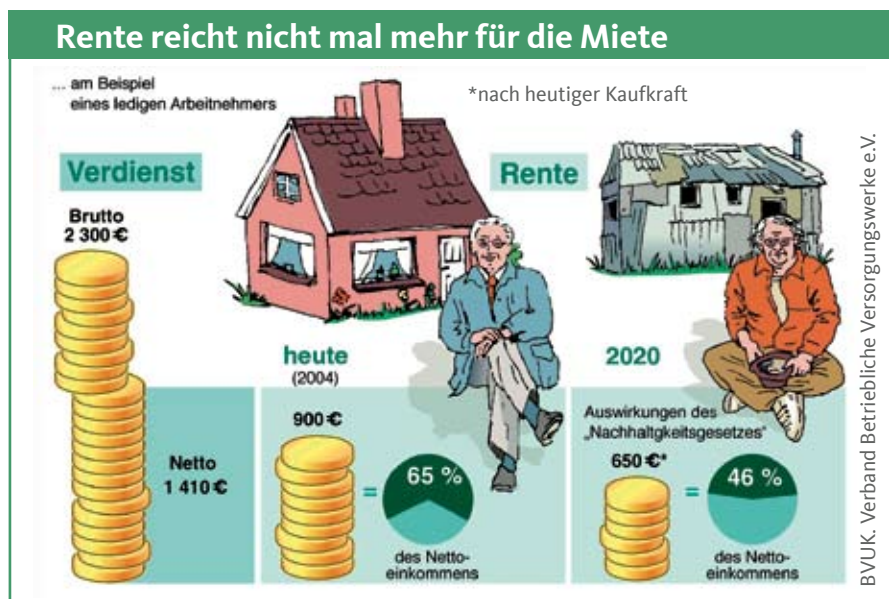
SO: In den letzten Monaten war viel von einem sog. Nachholfaktor die Rede. Was bedeutet das?

Brauksiepe: Zunächst einmal gilt die Zusage, dass es in dieser Wahlperiode keine Rentenkürzungen geben wird. Die Rentner leisten bereits ihren Teil an der Konsolidierung der Rentenkasse. Sie dürfen nicht dauerhaft von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Andererseits haben auch die Beitragszahler Anspruch darauf, dass ihren heutigen Beiträgen später ein gerechter Gegenwert gegenübersteht. Fakt ist aber, dass wegen der negativen Lohnentwicklung unter Rot-Grün in den letzten Jahren eigentlich auch die Renten hätten gekürzt werden müssen. Das

ist nicht geschehen und das wird auch in dieser Legislaturperiode nicht geschehen. Die mit den unterbliebenen Rentenkürzungen verbundenen Mehrausgaben werden wir erst vom Jahr 2011 an bei den dann anstehenden Rentenerhöhungen verrechnen, und zwar jeweils zu 50 % pro Jahr. Das heißt: Wenn sich im Jahr 2011 aus der Rentenformel z.B. eine Rentenerhöhung von 1 % ergibt, erhalten die Rentner eine Erhöhung um 0,5 %. Wir hoffen, auf diese Weise in überschaubarer Zeit die unterbliebenen Kürzungen verrechnet zu haben. Damit werden wir den Interessen sowohl der Jungen als auch der Alten gerecht und schaffen die notwendigen Voraussetzungen, um die Rentenversicherung langfristig zu stabilisieren.

SO: Wird es danach für die Rentner über viele Jahre gar keine Rentenerhöhungen mehr geben?

Brauksiepe: Nein, das kann man so nicht sagen. Die Situation der Rentenkasse hängt ganz entscheidend von der Entwicklung am Arbeitsmarkt ab. Wenn wir mit unserer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung weiterhin erfolgreich sind, können wir die Rentenkasse konsolidieren, sind höhere Löhne machbar, von denen zeitversetzt auch die Rentner profitieren. Nach all den Zahlen, die wir heute kennen, ist voraussichtlich im Jahr 2009 eine leichte Rentenerhöhung möglich. Mir wäre ein früherer Zeitpunkt lieber, allerdings müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Lasten der Alterung gerecht zwischen den Rentnern, den Beitrags- und Steuerzahlern verteilt werden. ■



Die Rückkehr der Blaumänner 2007 wird das Jahr der Arbeitnehmer – auf dem Dresdener Parteitag fiel der Startschuss



CDA-Chef Karl-Josef Laumann kämpfte bis zum Schluss für die Verlängerung des ALG I – und gewann dann auch die Abstimmung in Dresden.

„Die Rückkehr der Blaumänner“ titelte der elektronische „Spiegel“ und viele Zeitungen riefen das „Jahr der Arbeitnehmer“ aus. Richtig ist: Die CDA hat auf dem Dresdener Parteitag Flagge gezeigt. „Auf dem CDU-Bundesparteitag ist der Arbeitnehmerflügel gestärkt worden. Personell und inhaltlich konnte die CDA wesentlich punkten“, so „SPIEGEL ONLINE“.

Alle CDA-Anträge sind angenommen und fünf CDAler in den Bundesvorstand gewählt worden

– doppelt so viel wie vorher. CDA-Chef Karl-Josef Laumann MdL bekam sogar das drittbeste Ergebnis bei den Präsidiumswahlen. Dennoch müssen die Arbeitnehmer 2007 die Ärmel aufkrepeln, denn es geht darum, den frischen Wind zu nutzen und überall, wo es möglich ist, Einfluss zu nehmen auf die Programmdiskussion der CDU. Die CDA veranstaltet dazu vier Arbeitnehmerkonferenzen und auch von unserer Bundestagung im Sommer soll, so Laumann, „ein deutliches Signal ausgehen“.

„Es ist ganz wichtig, dass die CDU eine Partei ist, die Arbeitnehmer wählen können“, darüber besteht für den CDA-Chef kein Zweifel. Die CDU sei in den vergangenen Jahren mit dem christlich-sozialen Flügel nicht gut umgegangen. Es sei wichtig, dass sich die ursprünglichen Wurzeln wiederfinden und entfalten können. Laumann: „Der Dresdener Parteitag hat deutlich gemacht, dass die Gruppe, die die CDU auch als Arbeitnehmerpartei versteht, so groß ist, dass sie beachtet werden muss.“ Deshalb sei für die CDA 2007 „ein entscheidendes Jahr“. ■



Die CDA-Einsatzzentrale

Blau war die Farbe des Parteitags: Die Mitarbeiter der CDA in ihren blauen Overalls sorgten in der Dresdener Messehalle für großes Interesse. Sogar ausländische Filmteams hielten den Stand im Fokus fest. Silvia Gielisch, Jessica Willscheid, Andrea Flatow wie auch Danny Dobmeier und Dr.

Arndt Busche versorgten die Delegierten mit Info-Material und baten gleichzeitig um eine Spende für das Kinderprojekt „Arche“. Unterstützt wurden sie durch die Landessozialsekretäre Josef Holtvogt und Daniel Güttler. Aber auch als kleines Pressezentrum wurde der CDA-Stand genutzt und Pressesprecherin An-

drea Resigkeit hatte alle Hände voll zu tun, um alle Anfrage für Laumann-Interviews unter einen Hut zu bekommen. Organisationsleiter Martin Schulte war mit dem Ablauf ebenso zufrieden wie Hauptgeschäftsführer Martin Kamp. „Ein sehr erfolgreicher Parteitag“, befanden alle.

Fünf CDAler bei der CDU

Gerald Weiss MdB war bei den Medien ein gefragter Gesprächspartner. Der erste stellvertretende Vorsitzende der CDA zog in den CDU-Bundesvorstand ein. Mit ihm wurden auch CDA-Vizin Ingrid Sehrbrock und die CDA-Bundesvorständler Regina Görner und Elmar Brok in die Führungsriege der CDU gewählt. CDA-Chef Karl-Josef Laumann errang bei der Wahl ins siebenköpfige Präsidium das drittbeste Ergebnis – hinter Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen. Damit stellt die CDA jetzt eine starke Truppe.



Mit viel Engagement

Ob den Rednern applaudierend wie Dr. Ralf Brauksiepe oder diskutierend wie Elmar Brok (oben re.): Die CDA-Mitglieder kämpften auf dem Bundesparteitag in Dresden um die eigenen Anträge. Vor allem der von der CDU NRW getragene Entwurf für eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes von älteren Arbeitnehmern war heftig umstritten. Die Pro- und Kontra-Redebeiträge wurden jeweils von heftigem Beifall unterbrochen. Am Ende wurde der Antrag mit einer Mehrheit angenommen – wie auch der Antrag aus Baden-Württemberg, der mehr Wirtschaftsimpulse forderte.



Der Kämpfer

Seine Rede brachte den Ausschlag: Als CDA-Chef Karl-Josef Laumann ein Plädoyer für die soziale Gerechtigkeit hielt, klangen Bravorufe auf. Viele der bisher zurückhaltenden 1000 Delegierten fanden sich in den Forderungen des Arbeitsministers wieder. „Wir

brauchen den sozialen Flügel der Partei, sonst sind wir keine Volkspartei mehr“, rief Laumann. Große Zustimmung fand dann auch der von der Laumann-Kommission erarbeitete Leitantrag zur

Gewinn- und Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern: „Wenn sich Kapital- und Arbeitseinkommen zu sehr auseinanderentwickeln, ist der Zusammenhalt der Gesellschaft bedroht“, so Laumann.



„Lasset die Kinder zu mir kommen, hindert sie nicht daran“ Die CDA unterstützt „Die Arche“ im Kampf gegen Kinderarmut



Eifriger Spender bei der „Arche“-Aktion: CDA-Vize Christian Bäumler und Martin Kamp

Pastor Bernd Siggelkow fühlt sich von Gott zu seinem Projekt „Die Arche“ berufen. Dafür hat er vor zwölf Jahren seine idyllische Pfarrstelle im Schwarzwald gegen den sozialen Brennpunkt in Berlin-Hellersdorf eingetauscht und das christliche Kinder- und Jugendwerk gegründet. Auch die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands versteht es von jeher als ihren Auftrag, sich für die Belange der Schwächeren und Benachteiligten in der Gesellschaft einzusetzen. Auf die „Herzessache“ des Pastors angesprochen, bietet die CDA Hilfe an. Wir treffen uns im Büro der Projekt-Inhaber Siggelkow und Lindloff und erfahren Genaueres über die Arche. Die Arbeit ist eine große Herausforderung, schließlich werden hier regelmäßig bis zu 300 Kinder mit

einer warmen Mahlzeit versorgt, für die meisten von ihnen die einzige am Tag.

Während wir zusammensitzen, kommen die Kids ins Büro gestolpert: „Kann ich Kekse haben, kommst du mit essen, wo bleibst du, was machst du?“ Lindloff ist geduldig, nimmt sich Zeit. „Meine Tür ist offen, die Kids dürfen jederzeit reinkommen – es gibt keine Abgrenzungen.“ Wir werden durch das Gebäude geführt, sehen die „Kids-Küche“ und kunterbunte Freizeitangebote. Neben Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe gibt es Theaterkurse, Musik- und Sportprogramme; manchmal auch Kleidung. Die Arche lässt sich viel einfallen, um die Kids von der Straße zu holen, Zahl der Besucher steigend. Hier finden sie Zuflucht,

ein offenes Ohr für ihre Probleme und Halt, der zu Hause oft fehlt. Für die meisten Kinder ist das „Überlebensprojekt“ eine „zweite Familie“.

Welche Bedeutung die soziale Einrichtung hat, zeigt schon ein Blick auf die aktuelle Situation: Knapp 1,8 Millionen Kinder leben in Deutschland in Armut, jedes fünfte Kind ist zwischen null und fünfzehn Jahre jung. Die Arche expandiert, es gibt weitere Häuser in Hamburg und München.

Für das Fortbestehen des Projekts will sich die CDA einsetzen und anpacken. „Wir brauchen dringend Geld, um unsere Arbeit weiterführen zu können“, sagt Lindloff. Mindestens 1,5 Millionen Euro benötigt das christliche Sozialwerk allein für die Berliner Kids.

Die CDA hat angepackt und auf dem CDU-Parteitag in Dresden eine Spendenaktion veranlasst. ■



Was ist uns die Pflege wert?

Reform der Pflegeversicherung darf nicht zu einseitigen Belastungen führen

Die von der Union eingeführte Pflegeversicherung ist eine Erfolgsgeschichte:

- › Über 2 Millionen Menschen erhalten Leistungen der Pflegeversicherung.
- › Damit wird millionenfach Sozialhilfeabhängigkeit bei Pflegebedürftigkeit vermieden.
- › Die Kommunen werden um mehrere hundert Millionen Euro jedes Jahr entlastet.
- › Die Pflegeversicherung ist die einzige Sozialversicherung, die keine Steuerzuschüsse erhält und die seit über zehn Jahren keinen Beitragsanstieg (Ausnahme: Kinderlose) zu verzeichnen hat.

Trotz dieser Erfolge ist eine Reform der Pflegeversicherung notwendig. Handlungsbedarf besteht etwa bei den Leistungen für Demenzkranke. Auch die Sachleistungsbeträge sind seit Einführung der Pflegeversicherung nicht erhöht worden. Die ambulante Pflege muss gestärkt werden und der Begriff der Pflegebedürftigkeit bedarf der Überarbeitung. Schließlich muss die Absicherung des Pflegerisikos auf die demografische Entwicklung eingestellt werden. Angela Merkel hat es in ihrer Neujahrsansprache deutlich gemacht: Die Reform der Pflegeversicherung ist unverzichtbar. Tragfähige Veränderungen müssen also vorgenommen werden.

Diese Veränderungen müssen vernünftig angegangen werden und dafür sollten sich Politik und Regierung auch die notwendige Zeit nehmen. Die Pflegeversicherung ist eine wichtige, eigenständige Säule unseres Sozialversicherungssystems. Ihre Reform braucht unsere volle Aufmerksamkeit. Das Vorgehen bei der Gesundheitsreform ist da wenig beispielhaft. Wir brauchen wohl durchdachte Lösungsvorschläge.

Wenig hilfreich ist der Vorschlag von Prof. Dr. Bert Rürup oder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union (MIT), die Leistungen für die Pflegestufe I vollständig abzuschaffen. 250.000 Pflegebedürftige in der stationären Pflege und über 750.000 in der häuslichen Pflege erhielten dann keine Leistungen mehr.

Die Einführung der Pflegeversicherung ist im Wesentlichen durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland finanziert worden. Der Beitrag zur Pflegeversicherung in Höhe von 1,7 % des Bruttolohns wird zwar von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam aufgebracht. Zur Entlastung der Arbeitgeber und zur Finanzierung der von ihnen zu leistenden Beiträge wurde jedoch 1995 der Buß- und Bettag als Feiertag abgeschafft. Nur in Sachsen wurde der Feiertag beibehalten, wofür die sächsischen Arbeitnehmer einen höheren



Eigenanteil aufbringen. Auch der Zusatzbeitrag für Kinderlose wird allein von den betroffenen Arbeitnehmern gezahlt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Berechtigung der MIT, Forderungen bezüglich der Pflegeversicherung zu stellen. Ohne die volle Beitragsbelastung schultern zu müssen, werden Vorschläge gemacht, die zulasten der Versicherten und Arbeitnehmer gehen. Die vorgeschlagenen Kürzungen würden dazu führen, dass es mit einer durchschnittlichen Arbeitnehmerrente schwieriger wird, Pflegebedürftigkeit ohne Sozialhilfe absichern zu können. Die

Konsequenz daraus wäre: Mehr als die Hälfte künftiger Heimbewohner wäre wieder auf Sozialhilfe angewiesen. Gerade das sollte mit der Einführung der Pflegeversicherung verhindert werden.

Der Ansatz der MIT führt zu Altersarmut und sollte keine Unterstützung finden. Jetzige und künftige Pflegebedürftige in der Pflegestufe I sind keine Manövriermasse für ökonomische Rechenspiele, sondern Versicherte, die in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen. Der Vorschlag der MIT nach deutlichen Leistungskürzungen ist daher wie Wasser: Durchsichtig und geschmacklos!

Die notwendige Reform der Pflegeversicherung muss mit Augenmaß erfolgen. Wir müssen darauf achten, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten Eckpunkte eingehalten werden und es nicht zu einseitigen Belastungen kommt. Unionsfraktionschef Volker Kauder hat klargestellt, dass sich die finanziellen Mittel an den individuellen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientieren sollen. Eine einseitige Kürzung ist nicht im Interesse der Betroffenen. Darüber hinaus muss an der Einführung einer ergänzenden Kapitaldeckung als Demografiereserve festgehalten werden. Wichtig ist, dass diese vor dem Zugriff des Staates und der gesetzlichen Sozialversicherungskassen geschützt wird. Nur so werden wir auch dem Anliegen der jüngeren Generation gerecht, die Pflege zukunftsfest zu machen und die Akzeptanz der Pflegeversicherung zu erhalten. ■

Willi Zylajew MdB

Grundsatzprogramm



Im Jahr 2007 geht die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm der CDU in die heiße Phase. Aus diesem Grund wollen wir in der SO! über den Diskussionsstand berichten. Heute nimmt der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann MdL Stellung.

SO: Der Bundesvorstand der CDU hat sich mit dem neuen Grundsatzprogramm beschäftigt. Findet sich die CDA darin wieder?

KJL: Ich denke schon.

SO: Inwiefern?

KJL: Die Bundesvorsitzende Angela Merkel hat eindeutig klargestellt, dass die CDU ein soziales Profil haben muss. Und damit ist ein wichtiger Faktor in dieser Diskussion zementiert.

SO: Aber gerade die Liberalen in der CDU wollen doch die „Sozialromantik“ aus dem Programm?

KJL: Sicher, aber nicht nur die Wahlen in Nordrhein-Westfalen, sondern auch die Umfragen besonders Ende letzten Jahres haben gezeigt, dass man mit so einem Kurs die Wähler verliert.

SO: Wie kann sich die CDA daran beteiligen?

KJL: Wir müssen aktiv werden. Die CDA veranstaltet dieses Jahr allein vier Arbeitnehmerkonferenzen in Deutschland. Dort wollen wir das Programm diskutieren. Damit auch öffentlich ein Zeichen von den Christlich-Sozialen gesetzt wird. Wir wollen nicht immer nur im Hinterzimmer sitzen und diskutieren, sondern uns offensiv in die Debatte einmischen.

Arbeitnehmerkonferenzen 2007:

08.03. in Frankfurt
14.04. in Bremen
03.05. in Düsseldorf
14.05. in Leipzig



Politik organisiert

Altersarmut

Pflegereform: Ja, Altersarmut: Nein!

Nach den aktuellen Plänen der Politik werden die „Heimbewohner von morgen“ die Leidtragenden der Pflegereform sein.

Die drastische Rotstift-Politik organisiert Altersarmut und wird zusätzlich

350.000 Menschen in die Sozialhilfeabhängigkeit bringen.

Wird gar die Pflegestufe I ganz abgeschafft, bekämen

1.000.000 Menschen keine Leistungen

aus der Pflegeversicherung mehr: 50 Prozent aller Pflegebedürftigen, ob zu Hause oder in Heimen, gingen leer aus!

Wenn es in der Pflege fortan nicht nur um die Verwaltung des Mangels gehen

soll, muss die Bevölkerung sich und der Politik die Frage beantworten:

„Was ist uns die Pflege wert?“

Die Pflegeversicherung muss auch künftig solidarisch vor dem Armutsrisiko Pflege schützen –

auch wenn dafür der Beitrag steigen muss.

Helfen Sie mit und sprechen Sie mit Ihren Politikern vor Ort. Gute Argumente finden Sie unter www.bpa.de.



Wir pflegen zu helfen.

Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.

Nachruf auf Wolfgang Vogt



von Dr. Norbert Blüm

Wolfgang Vogt ist mein Freund. Freundschaft mit Wolfgang Vogt ist nichts Lautes und gar nicht vorlaut. Sie ist weder spektakulär noch intim. Sie ist eine Verlässlichkeit besonderer Art.

Wolfgang Vogt erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Vielleicht kommt man am leichtesten auf seinen Charakter, wenn man der Spur seines Lebens folgt. Er ist nicht das Kind reicher Eltern, aber der Sohn einer christlichen Familie. In Schirgiswalde wurde er 1929 geboren. Im Hitler-Reich war er Kind. In der sowjetisch besetzten Zone wuchs er als Jugendlicher auf und machte sein Abitur in der DDR. Dann ist er abgehauen. Ohne viel Worte, aber nach einem harten Entschluss. Mit den Kommunisten wollte er nichts zu tun haben. Dafür verließ er seine Familie und begab sich mutterseelenallein in den Westen. Wolfgang braucht keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Freiheit. Er hat sich für sie nicht theoretisch, sondern existenziell entschieden.

Erster Zwischenbescheid: Überzeugung ist ihm wichtiger als Bequemlichkeit.

Wolfgang ist bis an sein Sterbebett den Idealen seiner Kindheit treu geblieben.

Über das Auffanglager Berlin kam er nach Köln. Er studierte Volkswirtschaft und verdiente sich das Geld für das Studium selbst. Geldverdienen war nicht seine erste Beschäftigung. Die Welt verstehen, die Gesellschaft zu durchschauen waren ihm wichtiger.

Zweiter Zwischenbescheid:

Er wollte immer den Sachen auf den Grund gehen. Er sprach nie über Sachen, die er nicht verstand.

Er blieb immer unabhängig.

Alles hat er sich erarbeitet. Nichts ist ihm geschenkt worden. Nach dem Studium heuerte er bei der Katholischen Arbeiterbewegung an. In unzähligen Vorträgen gab er sein Wissen und seine Überzeugung weiter. Er wurde Redakteur der Kettler-Wacht.

Dritter Zwischenbescheid:

Bildung ist wichtiger als Besitz.

Die christlich-soziale Bewegung ist nicht reich an Besitz, aber reich an Ideen. Das ist unser Gold. Und dieses Gold wollte Wolfgang unter die Leute bringen. Er hat viele Menschen mit seinem Wissen und seiner Überzeugung beeinflusst – mich auch.

1968 ging Wolfgang Vogt in den Deutschen Bundestag. Sozialpolitik von A bis Z war dort seine Werkbank und er hat sich zu Wort gemeldet, egal, ob das die Fraktion gern oder ungern hörte. Seine Worte hatten Gewicht, weil jeder wusste, da spricht einer, der ist unabhängig vom Beifall. Das gab ihm eine größere moralische Autorität, als er selbst wusste.

Vierter Zwischenbescheid:

Wolfgang Vogt war mutig, ohne dass er von der Tugend der Tapferkeit viel sprach.

Manches Gesetz wäre anders ausgefallen, wenn Wolfgang Vogt nicht gewesen wäre und Einspruch erhoben hätte.

Wolfgang Vogt war Parlamentarischer Staatssekretär in einer Zeit, in der mehr Reformen als vorher und nachher durchgesetzt wurden. Der Widerstand war stark, und während andere Maulhelden die theoretische Reform schon beim ersten Gegenwind in den Büschen verschwunden waren, stand Wolfgang wie ein Fels in der Brandung der Demonstrationen und Proteste. Ich erinnere an den § 116 AfG, der angeblich Streiks unmöglich machte, was eine gewerkschaftliche Lüge war. Denn danach gab es noch viele Streiks, und der Paragraph ist immer noch in Kraft, obwohl zwischenzeitlich die SPD regiert hat.

Wolfgang Vogt hat den Reformbegriff nie einseitig gesehen, deshalb gehören zu den Reformen der damaligen Zeit auch Kindererziehungszeiten im Rentenrecht (eine Rentenrevolution) und die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose und später die Pflegeversicherung

Fünfter Zwischenbericht:

Wolfgang Vogt war ein Mann des sozialen Ausgleichs.

Mit dem Ausscheiden aus dem Parlament hat sich Wolfgang Vogt nicht zur Ruhe gesetzt. Sein Herz

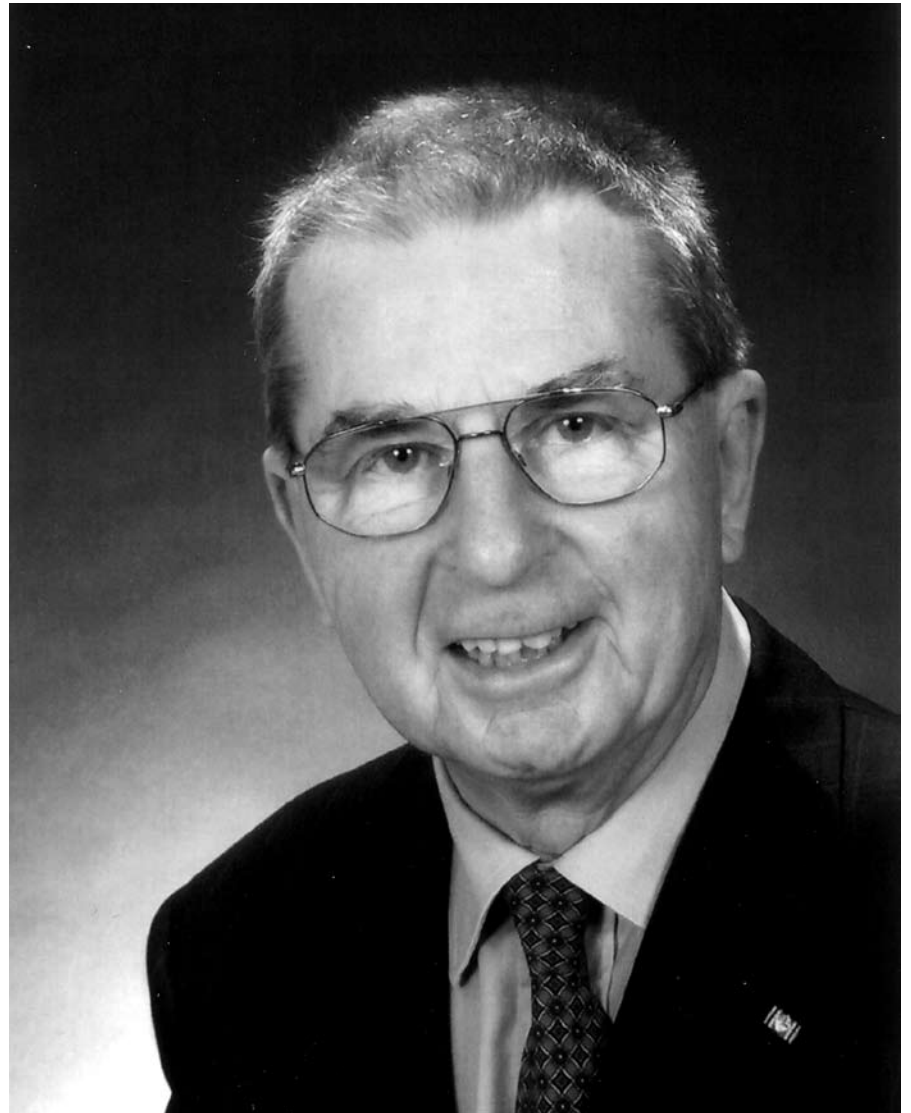
gehörte der CDA, und so hat er das Auf und Ab immer miterlitten.

Er hätte noch viel zu tun gehabt, aber das erledigt er jetzt von anderer Stelle aus.

Gott, die christlich-soziale Idee und seine Frau und seine Kinder, das war die Welt des Wolfgang Vogt. Er hat ein gelungenes Leben geschafft und deshalb ist unser Wolfgang, mein Freund, ein Vor-

bild. Er hat mit seinem Leben den Beweis angetreten, dass Ideen, Treue, Tapferkeit mehr wert sind und mehr Glück bringen als Ämter, Besitz und Prestige.

Den endgültigen Bescheid hat Wolfgang Vogt jetzt an anderer Stelle erhalten und ich bin sicher, dass das, was er geleistet hat, nicht umsonst war. Er hat den gnädigen Gott gefunden, an den er ein Leben lang geglaubt hat. ■



Namen und Nachrichten



+++ „Eine Stelle ohne Bezahlung, ohne Glanz, aber mit viel Verantwortung“, so lautet die neue Stellenbeschreibung vom stellvertretenden CDA-Bundesvorsitzenden **Rainer Lensing**. Mit einem Gottesdienst in der Berliner Matthäikirche wurde der Ratsherr von Hannover als neuer Bundesvorstand der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) feierlich in sein Amt eingeführt. „Die Johanniter können von seinen Fähigkeiten und seiner Menschlichkeit nur profitieren“, sagte JUH-Präsident **Hans-Peter von Kirchbach**. Der 63-jährige Lensing wurde am Heiligen Abend 1999 von dem

ältesten seiner vier Söhne für die Hilfsorganisation geworben. Lensing versprach, sich besonders in der Jugendarbeit zu engagieren. Den feierlichen Eid beendete er mit „So wahr mir Gott helfe“. An der Festveranstaltung im „Kaisersaal“ am Potsdamer Platz nahmen auch Familienangehörige aus Sachsen teil, die extra zu dem festlichen Ereignis angereist waren. Selbst die 85-jährige Mutter von Rainer Lensing ließ es sich nicht nehmen, an der feierlichen Einsetzung teilzunehmen. Dem winterlichen Schnee trotzten auch Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kirche. Die Hanno-

veraner Bundestagsabgeordnete **Rita Pawelski** MdB dankte Lensing vor allem für seine Freundschaft in all den Jahren. „Manche Menschen trifft man und spürt, dass sie etwas ganz Besonderes sind“, so das Mitglied der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Ihre Kollegin **Monika Brüning** MdB rückte für Lensing bei den Johannitern nach. Aber auch die CDA war natürlich vertreten: Hauptgeschäftsführer **Martin Kamp**, Pressesprecherin **Andrea Resigkeit**, Landessozialsekretär **Josef Holtvogt**, **Petra Heinemeyer** und **Martin Amft** gratulierten herzlich. +++

+++ Einen Korb bekam **Lothar Kauffels** von NRW CDA-Landeschef **Dr. Ralf Brauksiepe** MdB für sein 25. Dienstjubiläum und zum 25. Hochzeitstag. Damit gehört der Sozialsekretär zum Urgestein der CDA im mitgliederstärksten Landesverband. Brauksiepe lobte seinen gewichtigen Mitstreiter für die langjährige Mitarbeit und seinen unermüdlichen, harten Einsatz für die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft. Daneben gratulierte auch der gesamte CDA-Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen. Brauksiepes Stellvertreter, der scheidende **Fritz Kollorz**, dankte Kauffels. +++





+++ Der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete **Werner Kalinka** bleibt weiter Landesvorsitzender der nördlichsten CDA. Auf dem CDA-Jahreskongress in Neumünster wurde Kalinka mit 96 % der Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt. In seinem Rechenschaftsbericht betonte Kalinka, dass das 2004 von der CDA verabschiedete Programm „Die soziale Balance wahren“ nach wie vor aktuell sei. Trotz erfreulicher Arbeitsmarktentwicklungen dürfe nicht übersehen werden, dass Millionen Menschen ohne echte Chance auf dem Arbeitsmarkt seien. +++



+++ Die Sozialausschüsse der CDU in Rheinland-Pfalz haben in Bad Ems den Präsidenten des Deutschen Fußballbundes **Dr. Theo Zwanziger**, seit vielen Jahren Mitglied der CDA, für sein sozial- und sportpolitisches Engagement mit dem „Ludwig-Windhorst-Preis“ ausgezeichnet. Der Preis wird an bedeutende regionale Persönlichkeiten, die sich sozial engagieren, vom Kreisverband Rhein-Lahn vergeben. +++



+++ Nach 57 Jahren ist der **IBFG** mit einstimmigem Beschluss aufgelöst worden. Die vertraute große internationale Gewerkschaftsfamilie, in der wie selbstverständlich die israelische Histadut mit der palästinensischen PGFTU in nachbarlicher Eintracht im Vorstand saßen, ist Geschichte. Doch die geschichtliche Wende machte auch eine strukturelle notwendig. Der WWA musste auch seinen Platz am Gewerkschaftstisch finden. Der WVA, der für sich 20 Millionen Mitglieder, aber davon nur 4 Millionen Beitragszahler, reklamiert blieb nach der Wende noch auf seine Unabhän-

gigkeit bedacht, ging aber in den letzten Jahren zunehmend Allianzen und Kooperationsformen mit dem IBFG ein. Deshalb jetzt die Gründung. Voraussetzung dafür aber war, dass die wichtigsten Gewerkschaften der Welt ihre ideologischen, religiösen und geografischen Grenzen überwinden, um gemeinsame Strategien angesichts der gemeinsamen Herausforderung der Globalisierung zu entwickeln. Diesen ersten Schritt unternahmen nun am 1. November 2006 in Wien 308 Dachverbände in 155 Ländern mit zusammen 168 Millionen Mitgliedern mit der Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB (ITUC International Trade Union Confederation); im Internet zu finden unter www.ituc-csi.org. Die stellvertretende CDA-Vorsitzende und DGB-Vizin **Ingrid Sehrbrock** ist im Vorstand vertreten. Das Motto des IGB: „Solidarität globalisieren.“ +++



+++ **Josef Zolk**, 57, ist als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Flammersfeld für acht weitere Jahre mit einem Stimmenanteil von über 70 % wiedergewählt worden. Josef Zolk ist Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen CDA und Mitglied der CDU-Grundsatzkommission. +++



+++ Neujahrsempfang der CDA-Nordrhein-Westfalen. Der diesjährige Jahresauftakt fand in Bielefeld statt. CDA-Landeschef **Dr. Ralf Brauksiepe** MdB begrüßte die 200 Gäste in launiger Art, ließ aber auch die wichtigen politischen Schwerpunkte des Jahres 2007 nicht außer Acht. Die aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und dem öffentlichen Dienst kommenden Angereisten stärkten sich bei Schnittchen und Kaltgetränken, ist doch dieses Jahr wahlkampf frei. Ein Grußwort kam auch von der Bezirksvorsitzenden Ostwestfalen-Lippe, **Angelika Gemkow**, Landesbehindertenbeauftragte von NRW. Natürlich waren auch die Hauptamtlichen der CDA vertreten. Organisationsleiter Martin Schulte war extra aus der Hauptgeschäftsstelle in Berlin angereist. Landessozialsekretär Daniel Güttler kümmerte sich um einen reibungslosen Ablauf hinter den Kulissen. Bereits im Mai steht das nächste Event an: Die traditionelle Arbeitnehmerkonferenz in Düsseldorf, wo das Grundsatzzprogramm der CDU diskutiert werden soll. Alle Gäste wollen dann wieder zusammen kommen und der CDA den Rücken stärken, wie seit vielen Jahren.+++

+++ **Karl-Josef Laumann** MdL, Bundesvorsitzender der CDA, konnte in Haiger rund 70 Zuhörer für die Idee der Kapitalpartnerschaft gewinnen. Gerade in der globalisierten Wirtschaft müssten Arbeitnehmer und Unternehmer im Mittelstand näher zusammen-



rücken, um sich auch künftig am Markt behaupten zu können und die Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Dies erfordere auch die Beteiligung der Beschäftigten am Erfolg des Unternehmens, so Laumann. Wie die Beteiligung der Beschäftigten ganz praktisch aussieht, konnten die Herren **Robert Wolff** und **Karl Wilhelm Weiss**, Seniorchef und Prokurist der Fa. **Wolfcraft GmbH**, Hersteller von Hand- und Heimwerkerbedarf in

Kempenich (Eifel) sowie **Martin Hoppmann**, Gesellschaftergeschäftsführer der Fa. **Opel Hoppmann Autohaus GmbH** aus Siegen erläutern.+++

+++ Das CDA-Bundesvorstandsmitglied **Ekkehard Gauglitz** ist als Bezirksvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse in Koblenz-Montabaur bestätigt worden. Der 42-jährige hat dieses Amt seit 1998 inne. Zu seinen Stellvertretern wurden **Angela Schneider Forst** und **Dieter Schlund** gewählt. Besonders geehrt wurde **Werner Kuschke**. Er wurde zum Ehrenvorstandsmitglied auf Lebenszeit ernannt.+++





+++ Besondere Auszeichnungen auch für **Franz Corneth**, **Adolf Hellmich**, **Josef Schneider** und **Heinz Soënius**. Sie wurden aus Dank für ihre 60-jährige Mitgliedschaft mit der goldenen Ehrennadel der CDA ausgezeichnet. Bereits auf der 60-Jahr-Feier der CDA letztes Jahr in Köln wurden die ältesten Mitglieder von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** MdL und CDA-Chef, Arbeitsminister **Karl-Josef Laumann** MdL, geehrt, wie das Foto zeigt. „Auf diese Jubilare kann man stolz sein“, so Laumann damals. +++

+++ Zu einer gemeinsamen Fachtagung zum Thema „Welche Chancen haben junge Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt?“ konnte die Junge CDA Ruhrgebiet kürzlich den Behindertenbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hubert Hüppe** MdB,

begrüßen. Hierzu konnten der Bezirksvorsitzende der Junge CDA Ruhrgebiet, **Christian Herker**, der Kreisvorsitzende der Jungen CDA Hagen, **Tobias Fischer** sowie der Hagener CDA-Kreisvorsitzende, **Joachim Bock**, zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in der Werkstatt für behinderte Menschen der Caritas in Hagen begrüßen. Nach einer kurzen Führung durch die Werkstatt fand eine Podiumsdiskussion statt. +++



Termine 2007

Februar 2007

16./17.02.

CDA-Bundesvorstand in Hannover

23.02. (11.00-15.00 Uhr)

Bundestagung der CDA/DGB-AG Königswinter - AZK

März 2007

02./03.03.

Klausurtagung der CDA-Landesvorstände NRW und Niedersachsen

08.03.

Arbeitnehmerkonferenz in Frankfurt

10.03.

Landestagung Berlin mit Neuwahl des Landesvorstandes Landestagung Saarland

24.03.

Landestagung der CDA Rheinland-Pfalz (Neuwahl des Landesvorstandes)

Landestagung der CDA Hannover (Neuwahl des Landesvorstandes CDA-LV Hannover in Gifhorn)

Landestagung der CDA NRW (Neuwahl des Landesvorstandes CDA-LV NRW)

Landestagung Sachsen mit Wahlen

31.03.

Landestagung Mecklenburg-Vorpommern mit Wahlen

Urlaub neu erleben!



Nil-Kreuzfahrt zum Frühbuche

```


```

ab **499,- €**

CDA Vorteil
Ausflugspaket zum Schnäppchenpreis!

8 TAGE ÄGYPTEN



KREUZEN AUF DEM NIL - FLUGREISE ÄGYPTEN

Auch in Kombination mit einer Verlängerungswoche Badeurlaub im Anschluss an die Kreuzfahrt buchbar!

Leistungen:

- Flüge mit Hapagfly (Deutschland-Luxor-Deutschland)
- inklusive aller Flughafen- und Sicherheitsgebühren
- alle Transfers lt. Programm
- deutschspr. Reiseleitung vor Ort
- 7 Ü/VP (beginnend mit Mittagessen/abend mit Frühstück)
- Nilkreuzfahrtschiff der 4* Kategorie
- 2-Bett-Kabinen/Du/WC

Termine	Preis p.P.
15.11.07 - 22.11.07	599,-€
29.11.07 - 06.12.07	499,-€

Einzelkabinenzuschlag: 99,- €

Verlängerungswoche - Badeurlaub auf Anfrage zubuchbar.

zubuchbare Leistungen	Preis p.P.
Ausflug Abu Simbel mit Bus	72,-€
Ausflug Abu Simbel mit Flug	175,-€
Ausflugspaket incl. deutschspr. Reiseleitung, Transfers und Eintrittsgeldern	145,-€

Wählen Sie einfach Ihren Flughafen und Ihren Wunschtermin und rufen Sie uns an!

CDA -Vorteil: Inkl. aller Flughafen-, Sicherheitsgebühren und Kerosinzuschläge.

Exklusiv für **CDA** -Mitglieder:

Wählen Sie aus verschiedenen Abflughäfen Ihren persönlichen Favoriten aus!

Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Stuttgart, München, (weitere Flughäfen auf Anfrage)

DEUTSCHLAND – LUXOR (1. Tag)

Gleich vom Flughafen geht es zur Einschiffung und nach dem Mittagessen an Bord sehen Sie die Palast-Stadt Karnak und den Luxor-Tempel. (Ausflugspaket)

LUXOR – THEBEN – WEST (2. Tag)

(Ausflugspaket): Im Tal der Könige besuchen Sie drei ausgewählte Gräber, den Hatschepsut-Tempel und kommen zu den Memnon-Kolossen. Über die Brücke gelangen Sie zurück auf die Ostseite des Nils. Nachmittags läuft Ihr Schiff langsam aus nach Esna. Hier sehen Sie den Tempel des Chnum. Gemächlich geht die Fahrt auf dem Nil weiter in Richtung Süden.

KOM OMBO (3. Tag)

Im Laufe des Tages erreichen Sie den Liegeplatz, um den Doppeltempel im Kom Ombo zu besuchen (Ausflugspaket). Palmen begleiten Sie auf der Kreuzfahrt in Richtung Assuan, um den Doppeltempel im Kom Ombo zu besuchen. (Ausflugspaket)

ASSUAN (4. Tag)

Mit Bus oder Flugzeug können Sie am Morgen einen Ausflug nach Abu Simbel unternehmen um den Tempel Ramses II. zu sehen (Ausflug fakultativ). Die Rückkehr erfolgt gegen Mittag. Mit dem Motorboot erreichen Sie die Insel Aglikia, wo der Philae-Tempel einen weiteren Höhepunkt der Reise bietet. (Ausflugspaket)

ASSUAN (5. Tag)

Die Steinbrüche mit dem unvollendeten Obelisk, den Alten und den Neuen Staudamm sehen Sie am Morgen, und am Nachmittag erleben Sie eine Felukkenfahrt auf dem Nil, vorbei am Aga Khan-Mausoleum zu der Lord Kitchener Insel mit den Botanischen Gärten. (Ausflugspaket)

ASSUAN (6. Tag)

Je nach Abfahrt, haben Sie noch Freizeit auf dem nubischen Gewürzmarkt oder zu Einkäufen in den zahlreichen Geschäften.

EDFU (7. Tag)

Ein weiterer Höhepunkt ist der Besuch des Horus-Tempels in Edfu (Ausflugspaket) und je nach Schleuszeit erreichen Sie Luxor am Nachmittag oder Abend.

LUXOR - DEUTSCHLAND (8. Tag)

Morgens Besichtigung der Palast-Stadt Karnak und des Luxor-Tempels (wenn er nicht bereits am 1.Tag besucht wurde). Transfer zum Rückflug von Luxor nach Deutschland.

Beratung und Buchung über unser **M-Touristik Team:**

Telefon: 0180 5 11 80 57 (12 cent/min. aus dem dt. Festnetz)

M-Touristik AG - Patriotischer Weg 130 - 18057 Rostock - www.m-touristik.de